

**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur  
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte  
**Band:** 60 (1980)  
**Heft:** 4

**Artikel:** Demokratisierung mit Fragezeichen  
**Autor:** Allemann, Fritz René  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-163637>

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 17.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Demokratisierung mit Fragezeichen

Beim oberflächlichen Hinsehen könnte die politische Entwicklung im südamerikanischen Halbkontinent Anlass zu einem Optimismus für einen mitteleuropäischen Demokraten geben, der freiheitliche Institutionen und die Mitbestimmung der Bürger über die Angelegenheiten ihres Gemeinwesens weder als schieren Luxus noch als selbstverständliches Privileg «hochentwickelter» industrieller Gesellschaften betrachtet. Noch vor zwei Jahren befanden sich fast alle Länder Südamerikas – ausser Venezuela und Kolumbien – in der Gewalt offener oder bestenfalls notdürftig verschleierter Militärdiktaturen. Dass verfassungsmässig durch freie Wahlen zustandegekommene und legitimierte Regierungen ausgerechnet in zwei Staaten des tropischen Nordgürtels überdauerten, in denen von einer demokratischen Tradition kaum die Rede sein konnte, stempelte ihre dortige Existenz fast schon zu einem Kuriosum, nachdem die verfassungsmässigen Regimes in den ökonomisch und sozial weiter fortgeschrittenen Ländern des *Cono Sur* – des südlichen Kegels – mit ihrer ungleich moderneren Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur überall von den Streitkräften beiseitegefegt worden waren. Tatsächlich erwuchsen die beiden einzigen Ausnahmen aus ungewöhnlichen Sonderbedingungen: in Venezuela aus dem Erdöl-Reichtum, der eben auch einen weiten Spielraum für sozialstaatliche Verbesserungen eröffnete, in Kolumbien aus dem noch nicht völlig überwundenen Schock der *Violencia* – jenes blutigen Jahrzehnts von 1948 bis 1958 mit seinem anarchischen Ausbruch irrationaler Gewalttätigkeit und seinen rund 200 000 Opfern, das die verfeindeten konservativen und liberalen Traditionsparteien schliesslich zu einem langfristigen Bündnis zusammenzwang und damit ihre herkömmlichen Konflikte entschärfte.

In allen Ländern südlich dieses tropisch-karibischen Gürtels aber war die Demokratie (oder was als solche galt) zwischen 1964 und 1976 durch den Zugriff der Streitkräfte beseitigt und durch ein straff autoritäres Regime ersetzt worden, soweit sich diese Staaten nicht vorher schon – wie Paraguay – fest im Griff eines autoritär waltenden Generals-Caudillos befanden. 1964 hatten die brasiliischen Militärs den neuen diktatorischen Zyklus mit ihrer Erhebung gegen die verfassungsmässig zustande-

gekommene Regierung des populistischen Demagogen und politischen Vargas-Erben João Goulart eingeleitet; 1976 machten ihre argentinischen Kollegen dem Zwischenspiel einer konstitutionellen Wiederkehr des Peronismus ein Ende, dem sie drei Jahre zuvor gemäss dem Wählerwillen mehr oder minder freiwillig Platz gemacht hatten. Zwischen diesen beiden Daten vollzogen sich militärische Machtergreifungen – gelegentlich sogar in mehreren Schüben – nacheinander in Peru, Bolivien, Ecuador, Chile und Uruguay, sei es in der Form unblutiger Staatsstreichs oder gewalttätiger, bürgerkriegsähnlicher Auseinandersetzungen.

Die Regimes, die aus diesen Umwälzungen hervorgingen, standen unter denkbar verschiedenen, ja gegensätzlichen Vorzeichen: konservativen, unverhüllt plutokratischen in Brasilien, Chile, Uruguay und Argentinien; sozialreformerischen oder gar revolutionär-sozialistischen in Peru, zwischen «links» und «rechts» oszillierenden in den verschiedenen Phasen bolivianischer und ecuadorianischer Militärherrschaft. Um so bemerkenswerter scheint im Rückblick die weitgehende Übereinstimmung in den *Strukturen* der von ihnen etablierten Machtssysteme. Zum mindesten in der Tendenz unterschied sich ihr Gefüge wesentlich von den traditionellen Formen früherer Caudillo-Herrschaften: nicht mehr ein einzelner charismatischer Führer, sondern die bewaffnete Macht als *Institution* unterwarf sich den Staat. Und wenn sich früher putschende Militärs meist mit der Errichtung von Übergangsdiktaturen begnügt und ihren Willen bekundet hatten, so schnell wie möglich die öffentliche Gewalt wieder in die Hände konstitutioneller Organe zurückzugeben, so liessen die uniformierten Machthaber nun im allgemeinen keinen Zweifel mehr an ihrer Absicht, die straff angezogenen Zügel auf unbestimmte und sicher lange Zeit festzuhalten und das Gemeinwesen nach ihrem Bilde von Grund auf umzubauen. So erschien die Machtübernahme durch die Generalität nicht mehr als eine vorübergehende Massnahme zur Wiederherstellung der «Normalität» innerhalb vorgezeichneter Fristen, sondern als Instrument eines tiefgreifenden revolutionären Wandels, der im Grunde eine radikale Veränderung im Bewusstsein der Bevölkerung voraussetzte, wenn er das verabsolutierte und ebenso weit wie vage gefasste Prinzip der «nationalen Sicherheit» auf Dauer gewährleisten sollte<sup>1</sup>.

Ob ein so ehrgeiziges Ziel allerdings mit den Mitteln erreicht werden kann, mit denen es in Lateinamerika von den Streitkräften angestrebt wird, ist im Laufe der Zeit immer fragwürdiger geworden. Schon 1978 hat der Trend umzuschlagen begonnen. Im Augenblick befinden sich die Militärregimes auf verhältnismässig breiter Front wieder im Rückzug, bekunden allenthalben die Spitzen ihre «Demokratisierungs»-Absichten und sind in einer Reihe von Staaten auch bereits die Schritte eingeleitet worden, die

entweder bereits zur Einlösung dieses Versprechens geführt haben oder die doch jedenfalls im Laufe dieses Jahres zur Übergabe der Regierungsgewalt an demokratisch bestellte Organe führen sollen. Am weitesten gediehen ist der Prozess dieser Rekonversion zu zivilen und konstitutionellen Regierungsformen bisher in einigen Andenländern, die gemeinhin als «unterentwickelt» und wegen des grossen Analphabeten-Anteils vor allem in ihrer bedeutenden indianischen Bevölkerung als steiniges Pflaster für die Demokratie gelten, anderseits aber auch in dem grössten, volksreichsten, wirtschaftlich führenden und am frühesten militärisch «eroberten» Staat Lateinamerikas: in Brasilien.

Den Anfang hat überraschenderweise Ecuador gemacht. Schon im vergangenen Jahr machte dort die seit 1972 regierende Armee einem in zwei Wahlgängen – nach einigen Verzögerungen und Ungewissheiten – offensichtlich alles in allem korrekt gewählten zivilen Präsidenten Platz und zog sich in die Kasernen zurück. Alle Unkenrufe, die Militärs oder wenigstens die Exponenten ihres «harten» Flügels würden im letzten Moment noch die Notbremse ziehen und das demokratische Experiment absagen, haben sich als ungerechtfertigt erwiesen – und dies, obwohl der gewählte Präsident Jaime Roldos, klarer Sieger in beiden Urnengängen, eindeutig als Platzhalter für den Onkel seiner Frau aufgestellt worden war: jenen gefürchteten populistischen Agitator Asad Bucaram, dem die Generalität unter allen Umständen den Einzug in den Präsidentenpalast verweigern wollte und der wegen seiner Herkunft von ausländischen (libanesischen) Eltern durch eine eigens in die Verfassung eingefügte Bestimmung von einer Bewerbung um das höchste Staatsamt ausgeschlossen worden war. Dass sich Roldos in der Praxis keineswegs als ein gehorsamer Befehlsvollstrecker Bucarams erwiesen, sondern bereits mehr als einen bitteren Konflikt mit seinem Verwandten und Protektor durchgestanden hat, steht auf einem anderen Blatt: die bisherigen Herren Ecuadors konnten eine solche Entwicklung ganz gewiss nicht voraussehen, und manche der konservativen Offiziere mögen sich heute sogar fragen, ob der Volkstribun Bucaram nicht am Ende doch ein bequemerer Staatschef gewesen wäre als der kühlere, aber auch kühnere Reformer, der nun an seiner Statt die Geschicke des Landes lenkt. Immerhin: bisher haben sich die dauernden Gerüchte über Putschgelüste dieser oder jener militärischen Gruppe nicht bewahrheitet: die bewaffnete Macht bezeugt derzeit wenig Lust zur erneuten Übernahme der politischen Verantwortung.

Auf mehr Schwierigkeiten stiess der angestrebte Wandel in Peru und Bolivien. Hier wie dort dürfte – aus unterschiedlichen Gründen freilich – der Hindernislauf zur Demokratie erst nach Mitte dieses Jahres zum Ziel führen, wenn bis dahin nicht neue Ereignisse womöglich gar Anlass zum

Abbruch des Versuchs bieten. In *Peru* hat die gemässigte Fraktion der Streitkräfte, die sich 1975 mit der Ausbootung des radikalen und sehr autoritären Militärsozialisten Velasco Alvarado aus der Präsidentschaft durchgesetzt hatte, von vornherein für ein behutsames und schrittweises Vorgehen votiert und zunächst 1978 eine Verfassunggebende Nationalversammlung wählen lassen. Aber das neue, von dieser ausgearbeitete und im Juli 1979 verabschiedete Grundgesetz soll erst im kommenden August voll in Kraft treten, nach der Wahl eines zivilen Präsidenten und eines regulären Parlaments. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen der vorherhand weiter regierenden Generalität einerseits, den politischen Parteien anderseits über einige umstrittene Bestimmungen der künftigen Konstitution sind zudem immer noch nicht ausgeräumt. Und es ist auch noch keineswegs sicher, ob einer der Bewerber um die Präsidentschaft an den Urnen den erforderlichen Stimmenanteil auf sich vereinigen kann; geschieht das nicht und muss die Entscheidung dann ins künftige Parlament verlegt werden, so könnte das Experiment an einen ähnlichen toten Punkt gelangen wie im Nachbarland *Bolivien*.

Dort hat es sich in zwei aufeinanderfolgenden Anläufen zur Konsultation der Wählerschaft als unmöglich erwiesen, eine demokratisch legitimierte Staatsspitze zu konstituieren. Als die erste Präsidentenwahl 1978 wegen massiver Schwindeleien vom Wahlgericht kassiert wurde, ergriff der konservative militärische Anwärter General Pereda Asbun die Macht, die ihm der Betrug nicht eingebracht hatte, kurzerhand durch einen Staatsstreich. Als «konstitutionalistische» Offiziere nach wenigen Monaten den Usurpator stürzten, machten sie den Weg für einen zweiten Anlauf zur Konsultation der Wähler im Juli 1979 frei. Aber wiederum blieb das Resultat in der Schwebe: als kein Kandidat die notwendige absolute Stimmenmehrheit errang, aber auch im Parlament angesichts der Unversöhnlichkeit der Parteien keine Majorität für einen der Bewerber zu standekam, einigte man sich *in extremis* darauf, eine provisorische Staatsführung zu bestellen und 1980 einen dritten Versuch zu unternehmen. Selbst dieser Kompromiss wurde nach kurzer Zeit durch einen neuen militärischen Coup in Frage gestellt. Der Versuch des Obersten Natusch Busch, sich mit der Unterstützung zuverlässiger Truppeneinheiten an die Macht zu hieven, musste zwar nach zwei Wochen blutiger Strassenkämpfe und langwierigen Tauziehens zwischen den Putschisten, den Gewerkschaften und dem Parlament abgebrochen werden. Aber der mühsam erzielte Kompromiss, durch den Natusch der Parlamentspräsidentin Lidia Gueiler seinen Platz räumte, steht auf überaus wackligen Füssen: niemand wagt vorherzusagen, dass die Bürger der Republik wirklich, wie jetzt programmiert, am 29. Juni wiederum zur Urne gerufen werden, und noch

ungewisser scheint es, ob aus ihrem Votum selbst in diesem Fall endlich eine tragfähige Regierung hervorgehen kann.

Eine ganz andere Form hat die im Gang befindliche Demokratisierung *Brasiliens* angenommen: hier ist sie nicht durch eine förmliche Zäsur in Gestalt eines Appells an den Volkssouverän erfolgt, sondern durch eine von der Spitze aus initiierte und sorgsam kontrollierte Evolution. Diese Möglichkeit eröffnete sich schon deshalb, weil die militärischen Herren des Riesenreichs frühzeitig vor dem Gebäude ihrer autoritären Macht eine pseudokonstitutionelle und pseudodemokratische Fassade aufgerichtet hatten: ein Parlament, Wahlen, sogar zwei eigens von oben dekretierte Parteien spiegelten eine konstitutionelle Normalität vor, die in Wirklichkeit durch die Ausnahmebestimmungen der sogenannten unbeschränkten Vollmachten für den jeweiligen Präsidenten aufgehoben, ja um jeden realen Sinn gebracht wurde. Der Staatschef seinerseits, formal von einem zivilen Wahlmänner-Gremium bestellt, fungierte dabei, wenn man genauer hinsah, tatsächlich als der Vertrauensmann der militärischen Spitzen, die durch seine Vermittlung (und durch eine Vielzahl von Kontrollmechanismen) die wirkliche Entscheidungsgewalt in ihren Händen behielten.

Eben dieses scheindemokratische und scheinkonstitutionelle System aber hat es zuerst dem Präsidenten Ernesto Geisel – in einer noch sehr inkonsequenteren und durch manche Rückschläge markierten Weise – und dann dessen Nachfolger João Baptista Figueiredo ermöglicht, ohne direkten Bruch der Kontinuität zunächst einen Kurs der graduellen Liberalisierung einzuschlagen und schliesslich durch die Aufhebung der anstössigsten antideokratischen Sonderbestimmungen die bisher vorgebliebene Demokratie nach und nach mit immer mehr Gehalt zu erfüllen. Noch ist zwar von einer wirklichen Integration der bewaffneten Macht in diese Entwicklung oder gar von ihrer grundsätzlichen Unterordnung unter die politischen Instanzen nicht die Rede. Aber die Abschaffung zuerst der Pressezensur, dann des sogenannten «institutionellen Aktes Nummer 5» (der dem Präsidenten das Recht zur willkürlichen Amtsenthebung nicht nur aller Beamten, sondern auch der gewählten Mandatsträger einräumte), die Wiedereinsetzung der proskribierten Politiker – bis hin zu den kommunistischen Führern – in ihre Bürgerrechte, zuletzt die Parteien-Reform, die den offiziell von oben ins Leben gerufenen und zunehmend wirklichkeitsfremder gewordenen politischen Formationen zugunsten neu entstehender Gruppierungen ein Ende machte – das alles hat doch den Charakter des bisherigen Regimes wesentlich verändert und mindestens Voraussetzungen für eine tatsächliche Beteiligung der Bürger am Gemeinwesen geschaffen. Und dass dieser Entwicklung eine Reihe weiterer politischer Reformen – etwa durch den Übergang von bisher indirekten

Wahlverfahren zu direkten – folgen wird, kann bereits als ausgemachte Sache gelten. All das hat nicht nur die Atmosphäre des Zwangs gelockert, sondern auch zur Transformation der vorgespielten «Als-ob-Demokratie» in eine wenigstens halbwegs funktionsfähige demokratische Ordnung beigetragen.

Für Argentinien, Chile und Uruguay freilich gilt dergleichen bisher noch nicht. Alle drei Regimes des «südlichen Kegels» stellen zwar, in unterschiedlich gefärbter Tonart und mit differierenden Formeln, ebenfalls ihre Fortbildung zu einer «erneuerten Demokratie» in Aussicht. Aber was sie darunter verstehen und wie sich der Übergang konkret vollziehen soll, bleibt vorerst reichlich vag. Fest steht nur, dass diese anvisierte Zukunft mit den herkömmlichen demokratischen Begriffen so gut wie gar nichts zu tun haben soll. Am unumwundensten hat das General Augusto Pinochet in *Chile* zugestanden, wenn er seine Zielvorstellung als die einer «autoritären Demokratie» definiert (zeitweise nannte er sie sogar «totalitär»), in der kein Platz für Parteien sein soll – und die denn offenbar auch auf eine lateinamerikanische Variante von Francos Umschreibung seiner Diktatur als «organische Demokratie» hinauslaufen dürfte.

Ganz so weit wollen sich die militärischen Herren *Argentinens* mit ihrem «nationalen Projekt» nicht von der einheimischen Tradition entfernen. Aber wenn sie die Existenz von Parteien auch in Zukunft nach eigener Aussage für unerlässlich halten, so wollen sie diese Organisationen nach ihrem Willen doch in eine enge ideologische Zwangsjacke stecken: verboten werden sollen in Zukunft nach ihren ausdrücklich und formell bekundeten Absichten nicht allein alle «subversiven» Bewegungen, sondern auch jegliche Propaganda «klassenkämpferischer» Natur und selbst jede Vereinigung, die für eine Vergesellschaftung der Produktionsmittel eintritt. Zu der damit verkündigten Illegalisierung aller sozialistischen Strömungen tritt die Klarstellung durch den derzeitigen Präsidenten General Videla, dass im neu zu bestimmenden politischen Rahmen auch kein Platz für eine peronistische Partei bisherigen Stils sei, wenn sich diese nicht vom «Personenkult» und von der «Demagogie» abwende. Das läuft faktisch darauf hinaus, dass die Streitkräfte auch weiterhin nach freiem Ermessen darüber bestimmen wollen, wer der Beteiligung an den Institutionen der «neuen Demokratie» würdig ist und wer nicht. Und zugleich erhebt die argentinische Junta in vollem Einklang mit Pinochet und mit den uruguayischen Militärs den Anspruch, nach Abschluss der «Re-Demokratisierung» müssten die Streitkräfte auch weiterhin eine Aufsichts- und letztinstanzliche Entscheidungsfunktion im ganzen Bereich der «nationalen Sicherheit» ausüben, also ein Vetorecht gegenüber den zivilen Autoritäten in allen diesbezüglichen Fragen besitzen und letztlich auch das

Urteil über die Auslegung der künftigen Konstitution sprechen; das würde der Generalität gleichsam einen Rechtstitel zum beliebigen Eingreifen in das Verfahren der politischen Willensbildung aushändigen.

In den Andenländern und in Brasilien wird dieser Anspruch offiziell nicht erhoben, und demgemäß soll er dort auch in den neuen oder noch zu revidierenden Verfassungen keineswegs staatsrechtlich verbrieft werden. *Implicite* jedoch treten die künftigen Demokratien auch in diesen Gemeinwesen unter ähnlichen Vorbehalten ins Leben. So konnte Lidia Gueiler in Bolivien ihr provisorisches und zeitlich beschränktes Konsulat nach dem dramatischen Zwischenspiel der Natusch-Revolte nur unter der Voraussetzung antreten, dass sie sich während ihrer Amtsperiode jeden Eingriffs in die Personalstruktur der bewaffneten Macht enthalten und auf alle Massnahmen gegen die Militärs verzichten würde, die den Putsch des anti-demokratischen Obersten unterstützt hatten. Kein Wunder daher, wenn man in La Paz fast täglich mit neuen Umsturzversuchen jener Offiziers-Fraktion rechnet, die sich der Person oder doch den repressiven Methoden des Ex-Diktators Banzer verbunden fühlt.

Ähnlich regressive Tendenzen scheinen sich auch in einem Teil der militärischen Hierarchie Ecuadors schon seit Monaten wieder abzuzeichnen. Und wenn es in Peru derzeit so aussieht, als bereiteten die Streitkräfte im Hinblick auf die Machtübernahme im kommenden August diszipliniert ihren Rückzug in die Kasernen vor, so deutet der Konflikt zwischen ihnen und der Konstituante über gewisse Bestimmungen der neuen Verfassung doch darauf hin, wie wenig sich die Mannschaft des Generals Morales Bermudez bisher mit dem Gedanken an eine künftige politische Abstinenz vertraut gemacht hat. Dass vollends in Brasilien die Generäle der «harten» Richtung die Politik Figueiredos nur mit äusserstem – und teilweise sogar öffentlich bekundetem – Misstrauen verfolgen, ist bekannt. Für manche von ihnen ist der Kurs des vormaligen Geheimdienstchefs und neugebackenen Demokraten im Präsidentenpalais nicht nur schwer akzeptierbar, sondern er erscheint geradezu als Verrat an den Ideen der vielberufenen «Revolution von 1964» und an ihrem politischen Weltbild.

Allerdings wird man hinter der Abneigung mancher militärischen Spitzenleute gegenüber demokratischen Experimenten oder doch in der betonten Distanz, mit der sie solche Vorhaben betrachten, nicht nur (und nicht einmal in erster Linie) ideologische Motive entdecken. Einer ernsthaften und konsequenten Rückgabe der Staatsmacht an zivile, durch freie Wahl bestellte Politiker oder überhaupt der Anerkennung einer zivilen Autorität über das Gemeinwesen einschliesslich seiner Streitkräfte stehen auch sehr greifbare Interessen im Wege. Die Militärdiktaturen haben ja nicht nur selbstlose Ordnungsfunktionen ausgeübt, indem sie – gleich-

gültig ob nach eigenem Verständnis auf Zeit oder mit der Absicht zur Realisierung permanenter Strukturveränderungen – die Prinzipien von Hierarchie, Befehl und Gehorsam von der Kaserne aufs politische Terrain zu übertragen suchten. Sie haben vielen Offizieren auch eine Fülle administrativer Aufgaben im Staatsapparat und nicht zuletzt im wirtschaftlichen Bereich übertragen, die den Männern in Uniform Einfluss, Macht und nicht zuletzt finanzielle Erträge weit über ihren gewohnten Einkommensstand hinaus sicherten. Solche Privilegien aufzugeben, nachdem man sich gerade so schön an sie gewöhnt hat, fällt manchem Hauptmann, Major, Obersten oder gar General keineswegs leicht. Und unter ihren bisherigen Nutzniessern gibt es zweifellos einige, die – nicht ohne hinreichenden Anlass – davor zittern, dass die lange vor ihnen vom Mitgenuss solcher Vergünstigungen ausgeschlossenen Politiker womöglich Revanche üben könnten, indem sie eine Untersuchung gegen Fälle «militärischer Korruption» veranstalten. Sowohl in Ecuador als auch in Bolivien sind solche Verfahren gegen die Machthaber von gestern und ihre Helfer bereits eingeleitet worden – Grund genug für die Betroffenen und jene, die ähnliche Sanktionen zu erwarten haben, mit Putschgedanken zur Verhinderung solcher unliebsamer Enthüllungen zu spielen. Erst recht gilt entsprechendes für die sehr begreiflichen Versuche neugewählter Parlamente, von den Militärs Rechenschaft für Übergriffe bei der Repression angeblich «subversiver» Bestrebungen zu fordern und damit Vorgänge ans Licht der Öffentlichkeit zu bringen, über die die Verantwortlichen gerne den Schleier wohltätigen Schweigens breiten möchten.

Die Streitkräfte können sich bei diesem Bestreben, sich selbst als Körperschaft und ihre mehr oder minder prominenten Angehörigen als Personen gegen jede politische Kritik an ihren Handlungen abzuschirmen, auf eine fast durchgängige lateinamerikanische (und letztlich aus den iberischen Mutterländern stammende) Tradition berufen: so gut wie überall gelten sie eben nicht als ein integriertes Element von Staat und Gesellschaft, sondern als eine Organisation eigenen Rechts – kurz und schlicht gesagt: nicht als Teil des Gemeinwesens, sondern als Staat im Staate. Daran ändert eben auch der Übergang von einer militärischen und autoritären zu einer zivilen und demokratischen Verfassungsform nichts. Nur zwei Länder südlich des Rio Grande haben bisher einen Ausweg aus diesem Dilemma gefunden: Mexiko dank seinem kuriosen, pseudo-demokratisch verkleideten *de facto*-Einparteienregime, in dessen festes Korsett auch die Generalität eingespannt bleibt, und das kleine Musterländchen Costa Rica deshalb, weil es seine bewaffnete Macht nach seinem letzten Bürgerkrieg 1949 kurzerhand aufgelöst und sich seither mit einer kleinen, als selbständiger Machtfaktor nicht in Frage kommenden Polizeitruppe begnügt hat.

Nun mag die Frage naheliegen, warum die Militärs in einer ganzen Reihe von Ländern trotz den Risiken, die ein solcher Entschluss mit sich bringt, die politischen Kommandohöhen verlassen haben oder sich doch zu ihrem Verlassen wenigstens für den Augenblick anschicken und das Experiment der Demokratisierung wagen. Die Motive solcher momentanen Resignation mögen von Land zu Land verschieden sein. Ein paar Gründe aber scheinen diesen Trend übernational zu begünstigen. Da ist einmal der Druck Washingtons, das sich seit dem Regierungsantritt Carters auf eine aktive Menschenrechts-Politik umorientiert hat und in militärischen Systemen – auch auf Grund der mittelamerikanischen Erfahrungen in Nicaragua und neuerdings in El Salvador – nicht mehr unbedingt eine Gewähr für pro-westliche Stabilität zu erkennen glaubt. Das hat zweifellos jenen Kreisen innerhalb des Offizierskorps Auftrieb gegeben, die dafür eintreten, den demokratischen Kräften mehr Auslauf zu gestatten. Es ist wohl kein Zufall, dass sich der Demokratisierungskurs so gut wie überall erst im Verlauf eines inner-militärischen Machtkampfes durchgesetzt hat: solange die Generalität in sich geschlossen bleibt und auch um die Gefolgschaft der unteren Kader nicht zu bangen braucht, sieht sie auch dann keinen Anlass zum Verzicht auf ihre totale Kontrolle des öffentlichen Lebens, wenn sie optische Korrekturen scheinliberaler oder schein-demokratischer Natur vornimmt.

Eine bedeutende Rolle spielt aber noch ein weiterer Umstand: die internationale Wirtschaftskrise. Bezeichnenderweise ist der politische Wandel vor allem dort in Gang gekommen, wo sich die Militärs mit der Gefahr eines katastrophalen ökonomischen Zusammenbruchs konfrontiert sahen. Peru, das durch die sozialen Experimente der Ära Velasco an den Rand des Staatsbankrotts geraten war, und Bolivien, wo sich Banzer wie dessen militärische Erben an die Durchführung unpopulärer, aber unerlässlicher Sanierungsmassnahmen schliesslich nicht mehr heranwagten, liefern dafür besonders eklatante Beispiele. Aber auch in Brasilien, das mehr als jeder andere Staat der Region unter dem fortschreitenden Anstieg der Erdölpreise zu leiden hat, haben die intelligenteren unter den Armeeführern offenbar die Parole ausgegeben, es sei an der Zeit, der grassierenden Unzufriedenheit Ventile zu öffnen und damit zugleich das militärische Establishment von der direkten politischen – also auch wirtschaftspolitischen – Verantwortung zu entlasten. Zusammen mit den sanften, aber neuerdings doch entschiedenen Anstößen aus den USA hat diese Einsicht zweifellos einen wesentlichen Anteil daran, wenn die bisher fast allmächtigen Hüter der Ordnung auf einmal wieder die Nützlichkeit demokratischer Entscheidungsmechanismen und ziviler politischer Kräfte entdecken.

Eben diese Situation aber erleichtert auf der anderen Seite ganz gewiss nicht den glatten Verlauf dieses Rekonversionsprozesses. Im Augenblick einer wirtschaftlichen Rezession oder gar einer lang anhaltenden Depression kann man von der Masse der Stimmhörer kaum ein ausgewogenes und massvolles politisches Verhalten angesichts der Opfer erwarten, die in dieser Situation gerade den sozial schwächsten Teilen der Bevölkerung zugemutet werden – am allerwenigsten dann, wenn man das Volk seit Jahren in erzwungener oder bestenfalls in wohlwollend-patriarchalischer Abhängigkeit gehalten und von jeder Mitbestimmung ausgeschlossen hat.

Deshalb braucht man sich kaum zu wundern, wenn die ungewohnte Freiheit mancherorts mit gewalttätigen Übergriffen quittiert wird – und ebensowenig, wenn die wiedergekehrten politischen Matadore von ehedem wenig Sinn und Verständnis für die Notwendigkeit politischer Kompromisse an den Tag legen. Demokratie muss erlernt werden – und Lateinamerika hat bisher zu solchem Lernen wenig ungestörte Gelegenheit gehabt. Die permanente Furcht vor dem Rückfall ins eben erst notdürftig überwundene militärische Regiment ist daher nicht das einzige Fragezeichen, das hinter die Hoffnungen auf den gegenwärtigen Demokratisierungs-Schub gesetzt werden muss. Auch an der Fähigkeit der Demokraten selber, diese Chance zu nutzen, scheinen Zweifel am Platze. Das ist kein Argument gegen die unerlässliche Lockerung der bisherigen Zwangsjacken, wohl aber eine Warnung vor allzu unbekümmter Zuversicht.

<sup>1</sup> Eine eingehendere Analyse dieses neuen Herrschaftstyps hat der Verfasser in seinem Aufsatz «Militärdiktaturen in

Lateinamerika» unternommen (Lateinamerika-Berichte, München, 4. Jg., Heft 25, September-Oktober 1979).

---

#### *Mitteilung an unsere Abonnenten*

*Die Entwicklung der Druckkosten macht es leider unumgänglich, den Abonnementspreis der «Schweizer Monatshefte» zu erhöhen. Das Jahresabonnement kostet ab 1. April 1980 Fr. 45.– (Ausland Fr. 50.–).*

*Gesellschaft Schweizer Monatshefte*